



Kathrin Vogler
Zwischenbilanz

DIE LINKE.

Zwei Jahre linke Gesundheits- und Friedenspolitik im Bundestag

Impressum

Herausgeberin:

Kathrin Vogler, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

www.kathrin-vogler.de

September 2011

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach der Hälfte der ersten Wahlperiode im Bundestag möchte ich das erste Mal Rechenschaft über meine Arbeit als Abgeordnete ablegen. Die politische Tätigkeit einer Bundestagsabgeordneten ist so vielseitig und spannend, dass es schwer gefallen ist, die Themen für dieses kleine Heft auszuwählen. Trotzdem hoffe ich, damit einen kleinen Einblick zu ermöglichen. Mehr und detailliertere Informationen, Meinungen und Hintergründe finden sich auf meiner Website sowie in meinem monatlichen kostenlosen Newsletter. Auch über facebook, E-Mail und per Post bin ich für Rückfragen erreichbar. Gerne antworte ich auch auf Fragen, die mir über abgeordnetenwatch.de öffentlich gestellt werden oder komme zu Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen.

Ich freue mich auf Rückmeldungen, Anregungen, Kritik und Lob.

Mit solidarischen Grüßen

Kathrin Vogler



Von der Friedensbewegung ins Parlament

Meine ersten zwei Jahre

Die Bundestagswahl am 27. September 2009 hat für mich vieles verändert. Vorher habe ich Politik von außen beeinflusst, also mit Bewegung auf den Straßen und in den Köpfen, nun bin ich selbst Parlamentarierin und vertrete meine Ziele und Überzeugungen im Bundestag in Berlin. Dabei waren die ersten zwei Jahre auch eine Lehrzeit. Als Quereinsteigerin musste ich zunächst die Prozesse und Strukturen in der Politik kennenlernen: Wer bearbeitet was, wie funktioniert der Gesetzgebungsprozess, welche Rechte und Pflichten habe ich als Abgeordnete? Zum Glück habe ich ein Team von tollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir bei jedem Schritt dieser Erkundungsreise mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben.



Bei der Leitung einer Anhörung im Gesundheitsausschuss.

Wenn ich aus meiner neuen Perspektive auf meine frühere Arbeit in der Friedensbewegung zurückblicke, dann vermisse ich manches: die größere Freiheit, mehr Zeit zum Nachdenken und sorgfältigen Planen, den weitgehenden Verzicht auf Hierarchien, das Klima von Kooperation und Teamarbeit, die Entscheidungen nach dem Konsensprinzip.

Abgeordnete stehen in einem ständigen Konkurrenzkampf. Sie wetteifern um die Aufmerksamkeit in Partei und Medien, um die schlagkräftigsten Argumente, um Ämter und Funktionen und natürlich auch um die begehrten vorderen Plätze auf der nächsten Landesliste. Diese schlichte Realität steht in einem Spannungsverhältnis zu dem, was wir als LINKE besonders betonen: Solidarität und Gleichheit sind in diesem Umfeld schwer durchzuhaltende Leitgedanken. Sich nicht hinter scheinbaren Zwängen zu verstecken, sondern den völlig anderen Politikansatz auch unter diesen verschärften Bedingungen durchzuhalten, das muss ich mir jeden Tag wieder aktiv vornehmen.

Manchmal wundere ich mich auch, mit welch geringen Mitteln wir in der Friedensbewegung große Aktionen auf den Weg bringen konn-

ten und wie schwierig es sein kann, in einem so großen und gut ausgestatteten Apparat wie einer Bundestagsfraktion Ähnliches zu erreichen.

Manches ist natürlich auch einfacher. Allein durch meine Rolle als Abgeordnete öffnet sich manche Tür, die früher verschlossen war, sei es bei Behörden, Schulen, Kirchen, öffentlichen und privaten Einrichtungen oder in einzelnen Medien. Manchmal bin ich aber auch der Türöffner für andere. Menschen, die aus eigener Kraft ihre berechtigten Anliegen gegenüber Ämtern und Behörden, Krankenkassen oder Unternehmen nicht durchgesetzt bekommen, bitten mich um Hilfe. Dass ich da sehr oft helfen kann, manchmal schon durch einen einzigen Anruf, freut mich zwar für die Betroffenen. Doch ärgert es mich ungemein, dass ein Anruf aus einem Abgeordnetenbüro mehr bewirkt als manches lange Gespräch oder mancher ausführliche Schriftwechsel mit dem Sachbearbeiter. Diese Radfahrmentalität, die nach unten tritt und nach oben buckelt, sollte fast 100 Jahre nach dem Ende der Monarchie in Deutschland endlich ausgerottet sein!

Im Fußball hätten wir jetzt Halbzeitpause. Das bedeutet, dass Team und Trainerin in die Kabine gehen, die erste Halbzeit analysieren und überlegen, wie sie in den nächsten 45 Minuten das Leder in den Kasten bekommen können. In der Politik gibt es keine Pause. DIE LINKE ist angetreten, um eine vernehmbare Stimme für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie zu sein. Dafür haben wir gemeinsam Wahlkampf gemacht und dafür haben uns allein in meinem Wahlkreis 9.250 Menschen gewählt. An Infoständen und bei Veranstaltungen haben mir viele erzählt, warum sie uns wählen: „Weil ihr die einzigen seid, die gegen den Krieg in Afghanistan stimmen“ oder „weil alle anderen sich für uns nicht interessieren“, hieß es oft. Diese Themen bleiben auch in den nächsten zwei Jahren auf der Tagesordnung: Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit fallen nicht vom Himmel. Wir müssen sie durchsetzen gegen große Widerstände, starke Lobbyinteressen und gegen die viel zu verbreitete Resignation. Gemeinsam. Dazu möchte ich einladen.



Besuch in der Obdachlosenunterkunft Schwarzer Kamp Münster.

Von „drinnen“ und „draußen“

Zur Arbeit im Parlament und in den sozialen Bewegungen

Mit dem kritischen Blick, den ich aus der Friedensbewegung mitgebracht habe, könnte man sagen: Die Arbeit im Parlament ist zeit- und kraftraubend und am Ende steht doch eine Abstimmungsmehrheit für die Regierungspolitik. Man könnte die Frage stellen, die das Neue Deutschland nach der Wahl 2009 aufgeworfen hat, ob der Einzug von BewegungsaktivistInnen ins Parlament nicht ein Ausbluten dieser Bewegungen bedeutet. Aber diese Perspektive, so richtig sie ist, greift zu kurz. Trotzdem ist diese Arbeit sinnvoll und auch für außerparlamentarische Aktivitäten hilfreich. Kein Gesetz wird so beschlossen, wie es in das Parlament eingebracht wird, das gesamte Parlamentssystem ist ein riesiger Informationspool. In den Ausschüssen, aber auch in der Diskussion in der Fraktion bekomme ich viele Fakten geliefert, die für Aktionen außerhalb sinnvoll und hilfreich sind. Das Parlament ist auch eine Tribüne der Auseinandersetzung. Hier wird öffentlich gestritten, hier werden Argumente ausgetauscht. Hier kann im besten Fall gezeigt werden, auf welch wackligem Fundament die Argumente des politischen Gegners stehen. Auch Anliegen der sozialen Bewegungen werden besonders durch uns über das Parlament in die Öffentlichkeit gebracht und damit verstärkt.

Unsere Arbeit im Parlament ist auch ein Stück Aufklärung über die Realitäten des Kapitalismus. Wenn wir nicht wären, würde dies keiner tun. In diesem Sinne ist linke Parlamentsarbeit unverzichtbar, auch als demokratische Errungenschaft. Keiner kann so glaubwürdig wie DIE LINKE Lobbyismus und Filz kritisieren, denn alle anderen leben ja auch von Unternehmensspenden.

Es kann aber nicht deutlich genug unterstrichen werden: Wer im Parlament für soziale Gerechtigkeit und gegen den Krieg eintritt, kann nur grundsätzliche Erfolge erzielen, wenn es starke außerparlamentarische Aktionen gibt. Erst der Druck der Straße und breite gesellschaftliche Mehrheiten in inhaltlichen Fragen bewirken Zugeständnisse der Regierung, gute Argumente allein reichen leider nicht aus. Beim Ausstieg aus der Atomenergie haben wir das ja gerade erst gesehen.

Rede im Bundestag, im Hintergrund Vizepräsidentin Petra Pau.



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Meide



Mahnwache in Emsdetten.

„draußen“ für mehr gemeinsames Handeln. Beide, Parlamentarier und Bewegung, sind eigenständig und unabhängig. Die außerparlamentarischen Bewegungen dürfen auch nicht als Wurmfortsatz unserer Arbeit im Parlament betrachtet werden, sondern sie sind unabhängiges, eigenständiges Handeln von engagierten Menschen. Das Verhältnis der Bewegungen zu Parteien ist immer ein Spannungsverhältnis. So sehr ich mich freue, wenn soziale Bewegungen erkennen, dass DIE LINKE die Partei ist, die ihre Forderungen im Parlament am entschiedensten (und viel zu oft als einzige überhaupt) vertritt, so wichtig ist es aus der Logik der Bewegungen, sich keinesfalls nur auf DIE LINKE zu konzentrieren, sondern die Kommunikation mit und den politischen Druck auf die anderen Parteien aufrechtzuerhalten. Aber mehr Gemeinsamkeit hilft beiden. Eine Herausforderung auch für mich für die nächsten zwei Jahre.

Die aktuelle Schwäche sozialer Bewegungen, auch der Friedensbewegung, ist mit für die Durchsetzungsschwäche der LINKEN im Parlament verantwortlich. Wir agieren nicht im luftleeren Raum. Alle Abgeordneten beobachten sehr genau, was in der Gesellschaft geschieht, was sich dort tut und bewegt und nur die wenigsten können sich einfach so über Veränderungen von Bewusstsein und Handlungsweisen großer Teile der Bevölkerung hinwegsetzen. Das macht außerparlamentarische Aufklärungs- und Informationsarbeit und linke Basisaktivitäten unverzichtbar. Sie sind der Humus für Veränderungen. Richtig ist aber auch, dass die vielfältigen inneren Kontroversen der LINKEN im Moment nicht zu einer Stärkung der sozialen Bewegungen führen, nicht nur, weil sie Kräfte von Genossinnen und Genossen absorbieren, sondern weil sie so, wie sie ausgetragen werden, eher desorientierend wirken.

Was notwendig scheint, ist eine Intensivierung der Kommunikation und der Abstimmung zwischen „drinnen“ und

Diskussion und Kontroverse

Gedanken zum solidarischen Umgang in Partei und Fraktion

Die gesellschaftliche Linke (nicht nur DIE LINKE) lebt von der Diskussion und der Kontroverse. Nur so kann in einer menschenfeindlichen und tendenziell auch demokratiefeindlichen kapitalistischen Gesellschaft der komplizierte Weg für ihre Überwindung entwickelt, erprobt und immer wieder reflektiert werden. Alles muss immer wieder auf den Prüfstein. Ewige Antworten ohne Veränderung gibt es nicht. Wo dieses in der Vergangenheit vergessen wurde, musste bitteres Lehrgeld bezahlt werden.

Diskussion und Kontroverse ist ein zeitraubender, komplizierter und manchmal auch schmerzhafter Prozess. Aber Demokratie ist eben schwierig und zeitraubend und vielleicht die komplizierteste Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Aber auch die einzige, die humanitären und zivilisatorischen Ansprüchen genügt, und die mithelfen kann, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu lösen. Zugespitzt gesagt: Ohne umfassende Demokratie auf allen Ebenen gibt es keine tragfähigen Antworten auf die Frage von Krieg und Frieden oder auf die Gefahren der Klimaveränderung und der Umweltzerstörung, keine globale und soziale Gerechtigkeit. Demokratie, und das ist immer Kontroverse, ist der Versuch, menschliches Zusammenleben gemeinsam und gleichberechtigt nach zivilisierten Regeln der Konfliktaustragung zu organisieren.

Dies klingt jetzt vielleicht etwas bombastisch. Aber ich habe versucht, mich von diesen Leitgedanken auch bei Streitigkeiten und Kontroversen in der Partei und Fraktion und zwischen diesen leiten zu lassen. Ob mir das immer gelungen ist, müssen andere beurteilen.

Was Partei und Fraktion sicher noch weiter lernen und entwickeln müssen, ist, mit der Auseinandersetzung zu leben und den Konflikt als positive Herausforderung zu begreifen. Dass eine junge und vielfältige Partei wie DIE LINKE hier noch Entwicklungsbedarf hat, finde ich ganz natürlich. Wir alle bringen viel mit, auch Verletzungen. Und sicherlich sind wir alle im Umgang manchmal nicht

Diskussion auf einer Fraktionsklausursitzung.



einfach. Vor allem lernen wir einen solidarischen, an gemeinsamen Zielen orientierten Umgang nur gegen das kapitalistische System und seine ideologischen Ausformungen, wie Konkurrenz und Ellenbogenmentalität. Alle diese Umstände und Betroffenheiten wirken in unsere Partei hinein. Sie aktiv zurückzudrängen ist daher stets notwendig.

Was ich mir wünsche, ist mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit bei allen Diskussionen und Auseinandersetzungen. Wir sollten klarer differenzieren, wo es um grundsätzliche strategische Fragen, wo um taktische Verhaltensweisen und Forderungen geht. Vielleicht sollten wir unser jeweiliges Gegenüber auch einfach ernster nehmen in ihrem/seinem Anliegen. Unterstellen wir mal: Auch er/sie bemüht sich mitzutun für unsere gemeinsamen Ziele. Viele der Konflikte der letzten Monate haben eine unnötige Schärfe erreicht, weil grundlegende Regeln des solidarischen Umgangs miteinander in den Strukturen von Partei und Fraktion verletzt wurden.

Streit und Kontroverse haben etwas absolut Produktives. Aber Kontroversen müssen da ausgetragen werden, wo sie hingehören, in den Gremien oder, das wird oft vergessen, im persönlichen Gespräch unter vier Augen. Die Auseinandersetzung über Medien, sei es der „Spiegel“ oder ein Internetblog, trägt zur Klärung wenig bei. Öffentlichkeit sollten wir für unsere gemeinsamen politischen Forderungen und Anliegen schaffen, Demokratie und Meinungsbildung sollte in unseren Gremien stattfinden, den demokratisch legitimierten Organen von Partei und Fraktion.

Mit Fraktionskollegin Petra Sitte.

Wir brauchen mehr demokratischen Diskurs in der Partei, der Fraktion (und den sozialen Bewegungen), die zweite Hälfte der Zeit im Parlament werde ich mich dafür verstärkt einsetzen.



Bewegung gehört auf die Straße

Unsere Aktionen mit dem Bewegungsmobil

Die Aufmerksamkeit der Leute, egal ob auf der Autobahn oder in der Stadt, ist garantiert. Wo der rote Anhänger auftaucht, ist sofort klar: Hier ist DIE LINKE in Bewegung. Seit 2010 bin ich mit dem Bewegungsmobil immer wieder unterwegs, um die Menschen im ganzen Land zu informieren und für linke Politik zu begeistern.

Mit viel Stauraum für einen kompletten Info-Stand mit Tischen, Pavillon, Straßenaufsteller, einer Bewegungskiste mit Sport- und Spielgeräten und natürlich mit Infomaterial der Bundestagsfraktion und der Partei. Der kleine Anhänger, den ich 2010 angeschafft und im LINKE-Design gestaltet habe, zaubert schon durch seine Form ein Lächeln auf das Gesicht des Betrachters. Orts- und Kreisverbände haben die Möglichkeit, in den Sommerferien und darüber hinaus das Mobil zu buchen, wir kommen und führen Info-Stände

und Veranstaltungen durch. Schon im ersten Jahr wurde von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht. Dies hat mich veranlasst, auch in diesem Sommer wieder eine Sommertour zu veranstalten. Wenn der Bundestag Ferien macht, bin ich unterwegs und bringe die Politik der LINKEN den Menschen näher. Auch in den Landtagswahlen von NRW, Hamburg und Baden-Württemberg habe ich vor Ort mit dem Bewegungsmobil für die Genossinnen und Genossen mitgekämpft.

In der Folge seht Ihr Bilder von der Sommertour 2010 und 2011 und den Wahlkampfauftritten. Das Bewegungsmobil war noch nicht bei euch im Ort? Dann aber schnell anmelden, Terminplanung und Organisation übernimmt mein Wahlkreisbüro in Emsdetten.



Links mit Kollegin Inge Höger und anderen GenossInnen in Vlotho, rechts (im Uhrzeigersinn von links oben) bei Regen in Leverkusen, in der Paderborner Innenstadt, im Gespräch in Hamm und im baden-württembergischen Weinheim.



Eine soziale Frage!

Gesundheitspolitik hat einen schlechten Ruf. Dauernder Reformbedarf, hohe Komplexität, Korruption und Lobbyismus - daran denken viele beim Stichwort Gesundheit. Über 500 Lobbygruppen sind allein in der Gesundheitspolitik unterwegs. Die umkämpfte „Beute“: 80 Mio. potenziell Kranke, 170 Mrd. Euro Krankenkassenbeiträge der gesetzlich Versicherten und 30 Mrd. Euro Prämien der Privatversicherten.

Gesundheitspolitik ist für mich unmittelbare Sozialpolitik. Weil Kranke besonders auf Unterstützung und Solidarität angewiesen sind, weil Gesundheit nicht zur Ware gemacht werden darf und weil Sozialabbau in diesem Bereich wortwörtlich an die Existenz geht, auch den vielen Menschen, die hier arbeiten. Ein klassischer „Frauenbereich“, in dem Minilöhne, Leiharbeit und prekäre Beschäftigung zunehmen. Dagegen setzt sich DIE LINKE für faire Arbeitsbedingungen, flächendeckenden Mindestlohn und eine qualifizierte Ausbildung für Pflegeberufe ein.

Die FDP war in diese 17. Wahlperiode mit dem Ziel gestartet, eine Kopfpauschale für gesetzlich Versicherte einzuführen. Trotz massiver Widerstände hat sie das auch umgesetzt: Die unbegrenzten Zusatzbeiträge und der vollständige Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung sind zutiefst unsozial.

DIE LINKE setzt dagegen das Konzept einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung für alle, in die auch jene nach ihrem Einkommen einzahlen sollen, die sich heute in die Privatversicherung verabschieden können. Wenn alle Versicherten Beiträge auf alle Einkommensarten entrichten und die Arbeitgeber wieder die Hälfte übernehmen, kann der Beitrag für die meisten Menschen deutlich sinken, Zuzahlungen und Praxisgebühren können abgeschafft werden. Ich finde es beschämend, dass ich als Bundestagsabgeordnete nur 3,7 % meines Einkommens für die Krankenkasse ausgeben muss, eine Arbeitnehmerin aber 8,2 % und ein Solo-Selbstständiger mit geringem Einkommen sogar 15,5 %. Das ist schlicht ungerecht!

Von den Milliarden Gesundheitsausgaben profitieren ganz besonders die Aktionäre der großen Pharmaunternehmen. Für sie sind Umsatzrenditen von 15, 25 oder gar 40 % keine Seltenheit. Mir sind die Versorgung der PatientInnen mit wirksamen und sicheren Arzneimitteln und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Krankenkassen aber wichtiger als Dividenden und Aktienkurse. Leider ist vieles, was uns die Industrie teuer als Innovation verkaufen will, in Wirklichkeit nicht besser als bewährte Mittel. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass neu auf den Markt kommende Medikamente zunächst auf ihren Zusatznutzen für die PatientInnen geprüft werden, bevor ein Preis festgesetzt wird. Die Pharmaindustrie soll verpflichtet werden, alle Arzneimittelstudien zu veröffentlichen (auch



die, deren Ergebnisse ihr nicht passen). Und ganz dringend brauchen wir mehr Geld für unabhängige Arzneimittelforschung. Dafür habe ich mich mit meiner Fraktion in den letzten zwei Jahren eingesetzt.

Ein besonderer Punkt in dieser Zeit war die Debatte um die Präimplantationsdiagnostik (PID). Mit dieser Untersuchung eines im Reagenzglas erzeugten Embryos sollen genetisch bedingte Erkrankungen festgestellt und diese Embryonen dann „verworfen“ werden. Krankheit oder Behinderung darf aber kein Grund sein, aussortiert zu werden. Deshalb habe ich einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag zum Verbot der PID mit initiiert. Auch wenn dieser Antrag im Bundestag keine Mehrheit bekam, will ich mich weiter für das Recht auf Teilhabe und gegen die Aussortierung von Menschen mit Behinderungen einsetzen.

Im Gesundheitswesen gilt wie überall: Es reicht nicht aus, Rechte zu haben, man muss sie auch durchsetzen können. Hier liegt im Sinne der PatientInnen noch einiges im Argen. Um dies zu verbessern, habe ich vor kurzem einen Antrag ins parlamentarische Verfahren eingebracht, der die Wahrnehmung dieser Rechte erleichtern soll.

Es stimmt schon: Die Gesundheitspolitik hat dauernden Reformbedarf. Aber Reformen sind kein Selbstzweck. Sie müssen den Menschen dienen, den Versicherten, den PatientInnen und den Beschäftigten. Daran werde ich auch in den nächsten zwei Jahren jede Reform messen.

Von oben nach unten:

Vor dem Klinikum in Bad Oeynhausen.

Beim Streik der Hebammen in Steinfurt.

Auf einer Podiumsdiskussion zum Thema PID in Greven.

Gewaltverzicht statt „Vernetzte Sicherheit“

Frieden braucht Alternativen zum Krieg

Als Abgeordnete aus der Friedensbewegung liegt mir das Thema Frieden natürlich besonders am Herzen. Ich bin die einzige Vertreterin der LINKEN im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“, der auch auf Druck aus der Friedensbewegung 2010 neu eingerichtet wurde.

Bundeswehreinsätze abzulehnen bedeutet für mich nicht, dass mir die Situation in von Krieg betroffenen Ländern egal wäre. Im Gegenteil: Die Zivile Konfliktbearbeitung zeigt Möglichkeiten auf, wie auf Gewaltkonflikte mit friedlichen Mitteln reagiert werden

Spende an die Aktion „Ferien vom Krieg“ bei einem Seminar mit israelischen und palästinensischen Frauen.

kann, also ohne dass die eigene Reaktion selbst eine Eskalation und weitere Opfer verursacht. Die anderen Bundestagsfraktionen setzen dagegen verstärkt auf die „vernetzte Sicherheit“, bei der zivile Aufbauarbeit militärischen Anforderungen untergeordnet wird. Dass zivile Hilfe eben nicht mehr zivil ist, wenn sie unter dem Kommando des Militärs steht, muss ich im Bundestag immer wieder deutlich machen.

Friedenspolitik ist dann am überzeugendsten, wenn sie konkrete und erprobte Alternativen zur militärgestützten Politik aufzeigen kann. Eine solche Alternative ist der Zivile Friedensdienst (ZFD), der in Kooperation mit lokalen Partnern speziell ausgebildete Friedensfachkräfte in Krisenregionen entsendet. Dort tragen sie dazu bei, dass Konflikte nicht gewalttätig ausgetragen werden. Diese hoch anspruchsvolle Arbeit hat sich auch in einer externen Evaluation als sehr wirksam herausgestellt. Umso ärgerlicher, dass im Bundeshaushalt 2011 die Mittel für den Zivilen Friedensdienst um eine Million Euro gekürzt wurden, noch bevor überhaupt die Evaluation abgeschlossen wurde. Dabei kostet der ganze ZFD noch nicht einmal ein Tausendstel des Verteidigungshaushalts. Vor diesem Hintergrund habe ich gern die vom Forum Ziviler Friedensdienst gestartete Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär“ unterstützt.



Wie wirksam die Arbeit des ZFD sein kann, habe ich auf einer Reise in den damals noch ungeteilten Sudan gesehen. Kurz vor dem Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan besuchte ich Projekte der Zivilen Konfliktbearbeitung in dem vom jahrzehntelangen Bürgerkrieg gezeichneten Land. Ganz gewöhnliche Konflikte, etwa zwischen benachbarten Dörfern, werden oft mit tödlicher Gewalt ausgetragen. Staatliche Institutionen im Südsudan sind schwach, Sicherheitskräfte oft eher eine Gefahr als ein Beitrag zu mehr Sicherheit und durch den Bürgerkrieg sind fast alle bewaffnet. Hier kann nur ein gewaltfreier Ausgleich verschiedener Interessen Sicherheit schaffen. Aber gerade hier wurde ein erfolgreiches ZFD-Programm des Deutschen Entwicklungsdienstes eingestellt, kurz vor der Ausrufung des neuen Staats Südsudan. Nach der Reise habe ich an einem Antrag der Linksfraktion mitgearbeitet, der aufzeigt, mit welchen zivilen Initiativen sich die Bundesrepublik im Südsudan engagieren könnte. Der Bundestag hat dagegen mit den Stimmen aller Parteien außer der LINKEN eine Beteiligung der Bundeswehr an einem UN-Kampfeinsatz beschlossen.



Der Unterausschuss Zivile Krisenprävention beim Kofi Annan International Peacekeeping Training Center in Ghana.

Der Nahostkonflikt hat mich auch im Bundestag weiter beschäftigt. Gemeinsam mit meiner SPD-Kollegin Mechthild Rawert und Christian Sterzing (Grüne) habe ich nach der aufgeheizten Diskussion um die Gaza-Flottille 2010 das Buch „Nach Gaza. Zivilgesellschaft und internationale Politik“ herausgegeben. Darin kommen auch hierzulande wenig bekannte Stimmen aus der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft zu Wort. Diesen Stimmen will ich mehr Gehör verschaffen, z. B. mit einer Veranstaltung im Bundestag, bei der zwei israelische Friedensaktivistinnen über palästinensisch-israelische Jugendbegegnungen sprachen und darüber, was die Friedensbewegung und DIE LINKE in Deutschland zur Lösung des Nahost-Konflikts beitragen können.

Für die zweite Hälfte der Legislatur wird es vor allem wichtig sein, dass das Thema Zivile Konfliktbearbeitung gerade mit Blick auf Afghanistan ernster genommen wird. Zwar reden alle vom Abzug, aber für eine friedliche Entwicklung wird zu wenig unternommen. Gerade hier muss DIE LINKE mit klaren Alternativen für den zivilen Aufbau in die Öffentlichkeit gehen.

Die Region in Berlin vertreten

Ganz typisch: Der Lokaljournalist, der mich zu allererst skeptisch fragte, wo ich denn herkäme. Eine Linke, aufgewachsen in Emsdetten, in Münster studiert und seit über 40 Jahren in dieser als konservativ verschrienen Region zuhause – das war für ihn wohl schwer vorstellbar.

Lokale Themen und Bundespolitik sind oft ganz eng verknüpft. Denn es zeigt sich vor Ort, wenn in Berlin eine Entscheidung getroffen wird, die in die völlig falsche Richtung geht. Als Bundestagsabgeordnete nutze ich alle Möglichkeiten, mich dafür einzusetzen, dass Missstände abgestellt werden. So habe ich mich etwa in Berlin für die Verbesserung der Kommunalfinanzen eingesetzt. Besonders gefreut hat mich dabei, von verschiedenen Bürgermeistern aus dem Kreis Steinfurt Resolutionen zu den Kommunalfinanzen zugeschickt zu bekommen, die meine linken GenossInnen vorher in den Räten eingebracht hatten. Gemeinsam können wir doch etwas bewegen!

Ein wichtiges Thema im Wahlkampf vor Ort war die Steinkohle und der Kampf um den Erhalt der Zeche in Ibbenbüren. Ich traf mich mit den Bürgermeistern der Kohle-Region im Tecklenburger Land und mit Vertretern der IG Bergbau-Chemie-Energie. Es kann doch nicht angehen, dass wir vor Ort auf einem so wertvollen Schatz sitzen, aber Kohle importieren müssen, die unter menschenunwürdigen und umweltzerstörerischen Bedingungen gewonnen wird!

Unsere Region ist umgeben von Atomanlagen: das Kraftwerk in Lingen, das Zwischenlager in Ahaus und die Urananreicherungsanlagen in Gronau und Almelo. Castor-Transporte rollen regelmäßig kreuz und quer durchs Münsterland. Da ist es für mich selbstverständlich, mit vielen anderen gegen Atomkraft auf die Straße zu gehen. Auch nach dem „Atomausstiegchen“ der Bundesregierung werde ich hier weiter am Ball bleiben.

Die Energiekonzerne haben aber noch mehr Ideen. Mittels „Fracking“ soll nach „unkonventionellen“ Gasvorkommen gesucht

Demonstration gegen die Atomenergie in Ahaus.





Eroffnung des BürgerInnenbüros in Gronau zusammen mit dem LINKEN nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten Ali Atalan (rechts).

schaftlicher Nutzung. Das konnte ich sehr gut beim Besuch des Bio- und Arche-Hofes Büning in Laer feststellen.

An meine Büros wenden sich immer wieder Menschen mit ihren ganz alltäglichen Sorgen und Nöten. So etwa ein Bewohner eines städtischen Übergangwohnheims in Münster. Bei der Besichtigung der Einrichtung mit Münsteraner GenossInnen war ich erschüttert, unter welchen Bedingungen dort gelebt werden musste. In diesem Fall hat die Presseberichterstattung dazu geführt, dass sich plötzlich die Verwaltung meldete, die sich monatelang nicht gerührt hatte und nun auch die anderen Münsteraner Ratsfraktionen Interesse an den unhaltbaren Zuständen dort zeigen. Es wird sich also was ändern für die Betroffenen - links wirkt eben doch!

Dieses Engagement ist übrigens keine Einbahnstraße: Immer wieder bekomme ich von Gesprächspartnern oder Besuchern Anregungen, die ich im Bundestag nutzen kann. Die direkte Rückmeldung der Menschen - das ist es, was mich stärkt und inspiriert!

werden. Was sich erst mal gut anhört, ist eine riskante Technologie mit großen Gefahren für die Umwelt und das Trinkwasser. Ich fragte die Bundesregierung nach den Risiken: Das Wirtschaftsministerium, nicht das Umweltministerium, antwortete mir, dass es darüber keine Erkenntnisse habe. Inzwischen hatte die Bundesregierung offenbar Gelegenheit sich schlau zu machen und hat angekündigt, das Bergrecht so zu ändern, dass Fracking nicht mehr ohne Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden kann. Gut so! Ein großer Erfolg der aktiven Bürgerinitiativen im Münsterland und anderswo!

Vor allem ist es aber wichtig, dass der Ausbau erneuerbarer Energien zügig vorankommt. Wie das gehen kann, konnte ich mir gemeinsam mit Eva Bulling-Schröter vom Saerbecker Bürgermeister zeigen lassen. Auf dem Gelände eines ehemaligen Bundeswehrdepots, gegen das wir in den 1980ern demonstriert und blockiert haben, entsteht nun ein Bio-Energiepark.

NRW ist spürbar im Wandel von einem reinen Industriestandort hin zum Land erneuerbarer Energien und nachhaltiger landwirt-

	<i>Montag</i>	<i>Dienstag</i>	<i>Mittwoch</i>
8.00	ab 6.00 Zugfahrt nach Berlin	Mappen für die anstehenden Sitzungen durchsehen	Sichtung der inzwischen eingetroffenen Berichte zur Vorbereitung der folgenden Ausschusssitzung
9.00		Gespräch mit VertreterInnen einer Selbsthilfegruppe in meinem Büro	Sitzung des Gesundheitsausschusses im Paul-Löbe-Haus
10.00			
11.00	Arbeitsgruppe Gesundheit der Fraktion DIE LINKE im Jakob-Kaiser-Haus	reguläre Sitzung des Arbeitskreises V „Gesundheit, Pflege und Behindertenpolitik“ der Fraktion DIE LINKE; nebenbei eine Pressemitteilung mit meinem Mitarbeiter absprechen	
12.00	Bürobesprechung/laufende Wochenvorbereitung mit meinem Team		
13.00	Sondersitzung des Arbeitskreises V „Gesundheit, Pflege und Behindertenpolitik“ mit Fachleuten von Krankenkassen im Jakob-Kaiser-Haus	Obleute-Sitzung des Gesundheitsausschusses im Paul-Löbe-Haus	Seltenheitswert: Mittagspause
14.00		Fraktionssitzung im Reichstagsgebäude; am Rande Telefonat mit JournalistIn	Fragestunde mit zwei Dringlichen Fragen und Nachfragen an die Bundesregierung
15.00	Obleute-Sitzung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit		Aktuelle Stunde im Plenum
16.00	Sitzung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Paul-Löbe-Haus		
17.00			Treffen der Landesgruppe NRW im Gebäude Unter den Linden 50
18.00			
19.00	Postmappen und Unterschriftsmappe durcharbeiten, tägliche Pressespiegel lesen im Büro	Empfang im Auswärtigen Amt	Treffen der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppe im Jakob-Kaiser-Haus
20.00			Vorarbeit zuhause an meiner Rede zum Thema Arzneimittelpolitik
21.00			

<i>Donnerstag</i>	<i>Freitag</i>	<i>Samstag</i>	<i>Sonntag</i>
Feinschliff an der Rede			
Plenarsitzung des Bundestages; zwischen- durch Erstellung eines Audio-Beitrags für das Internet	Plenarsitzung des Bundestags	Infostand im Wahlkreis	
	Feierstunde des Bundestags anlässlich eines Gedenktages		
	Termin im Büro zur Umgestaltung meiner Homepage		
	E-Mails beantworten		
Rede zur Arzneimittelpolitik	Zugfahrt nach Essen	Demo gegen Atomkraft	Zeit für die Familie
Treffen mit Friedensorganisationen im Paul-Löbe-Haus			
Plakatier-Aktion gegen Nazis			
Geburtstagsfest eines Kollegen	Teilnahme an einer Podiumsdiskussion von Gewerkschaften zur Kopfpauschale		
Wichtige Debatte im Plenum	Fahrt nach Hause		

Meine Woche in Berlin

Natürlich ist nicht jede Sitzungswoche gleich, aber hier habe ich einmal versucht darzustellen, wie eine meiner etwa 22 Sitzungswochen im Jahr aussehen könnte.

Meine Arbeit in Zahlen

Die Geschäftsordnung des Bundestags gibt den Abgeordneten eine Reihe von Instrumenten in die Hand, mit denen sie die Arbeit der Regierung kontrollieren, kritisch hinterfragen und auf Missstände aufmerksam machen können. Das wichtigste Instrument des Parlaments sind natürlich die Beschlüsse über Gesetze, aber da haben wir als Oppositionsabgeordnete natürlich schlechte Karten. Uns geht es vor allem darum, der Regierung kritische Fragen zu stellen und Alternativen zur herrschenden Politik aufzuzeigen.

59 schriftliche, mündliche und dringliche Fragen habe ich in den ersten zwei Jahren der Regierung gestellt. Das sind kurze Fragen, die entweder in der Fragestunde mündlich im Parlament oder schriftlich beantwortet werden. Dabei ging es etwa um Fracking, die UAA in Gronau, die Schweinegrippe-Impfung, das Todesspritzen-Mittel „Thiopental-Natrium“ oder die Versorgungslage der Zivilbevölkerung mit TraumatherapeutInnen. Wenn es mehrere Teilfragen zum selben Thema gibt, werden diese oft gesammelt als Kleine Anfragen an die Regierung gestellt. Auch dieses Instrument habe ich ausgiebig genutzt.

110 Kleine Anfragen habe ich bisher initiiert oder unterstützt. Dabei ging es um die elektronische Gesundheitskarte, Arzneimittelregelungen, wieder die „Schweinegrippe“, Bundeswehrpatenschaften, Zivile Konfliktbearbeitung im Sudan, den Computerschädling „stuxnet“ und vieles mehr. Die Fraktion DIE LINKE stellt im Bundestag eine Reihe von Anträgen und Entschließungsanträgen, um deutlich zu machen, wie sie zu aktuell diskutierten Themen steht. Leider werden diese fast immer abgelehnt, sogar von SPD und Grünen und auch, wenn diese eigentlich unsere Position teilen.

87 Anträge und Entschließungsanträge habe ich entweder initiiert oder mich daran beteiligt. Darin ging es um faire Arzneimittelpreise, eine unabhängige PatientInnenberatung oder die Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Ein großer Teil der Arbeit einer Bundestagsabgeordneten findet im Hintergrund, in Arbeitskreisen der Fraktion oder Ausschüssen statt. Umso wichtiger sind aber die öffentlichen Auftritte, zum Beispiel, wenn ich vor dem Plenum des Bundestages sprechen kann. Hier ist es möglich deutlich zu machen, wofür ich mich einsetze.

20 Reden im Bundestag habe ich bisher gehalten und dabei viele Themen aus der Gesundheits- und Friedenspolitik ansprechen können. Dreimal habe ich zusätzlich bisher mündliche Erklärungen zur Abstimmung abgegeben: Zum GKV-Finanzierungsgesetz, zum halbherzigen Atomausstieg und zum Wahleinspruch gegen den falschen Doktor Dieter Jasper (CDU). Als Bundestagsabgeordnete bin ich auch für die Medien eine wichtige Ansprechpartnerin.

54 Pressemitteilungen habe ich zu den verschiedensten Themen aus meinen Arbeitsbereichen und aus dem Wahlkreis veröffentlicht. Einen Ausschnitt aus dem Presseecho sieht man auf der nächsten Seite.

...die ...
...die ...
...die ...

Wolke Kaden
...die ...
...die ...
...die ...

Feier
...die ...
...die ...
...die ...

Jahre nach der Wahl
...die ...
...die ...
...die ...

„Vogel kämpft für Solidarität“
...die ...
...die ...
...die ...

„Lks betrachtet lokale und überregionale Themen und tritt bei der Gesamtpolitik ein für Bürgerprossierung“
...die ...
...die ...
...die ...

AUS DEN PARTeien
...die ...
...die ...
...die ...



„Schiffe Fans“
...die ...
...die ...
...die ...

„Vogel kämpft für Solidarität“
...die ...
...die ...
...die ...

„Lks betrachtet lokale und überregionale Themen und tritt bei der Gesamtpolitik ein für Bürgerprossierung“
...die ...
...die ...
...die ...

Einmal lächeln bitte!
...die ...
...die ...
...die ...

„Einmal lächeln bitte!“
...die ...
...die ...
...die ...

„Nikolaus bei der Garde“
...die ...
...die ...
...die ...

„Nikolaus bei der Garde“
...die ...
...die ...
...die ...

„Nikolaus bei der Garde“
...die ...
...die ...
...die ...



„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Feuer frei“ bei der Poli-Blitzenrede
...die ...
...die ...
...die ...

„Feuer frei“ bei der Poli-Blitzenrede
...die ...
...die ...
...die ...

„Feuer frei“ bei der Poli-Blitzenrede
...die ...
...die ...
...die ...

„Feuer frei“ bei der Poli-Blitzenrede
...die ...
...die ...
...die ...

„Feuer frei“ bei der Poli-Blitzenrede
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

„Wer persönliche Feiler mit politischer Arbeit für unvereinbar hält, muss nun an sich selbst hohe Maßstäbe anlegen.“
...die ...
...die ...
...die ...

Nah dran und leicht erreichbar

Mit meinen BürgerInnenbüros in Emsdetten, Gronau und Paderborn biete ich Ihnen eine Anlaufstelle für Information und Diskussion.

In den Büros finden zum Beispiel BürgerInnensprechstunden statt. Hier können Sie sich mit Ihren Anliegen, mit Anregungen, Fragen oder Kritik direkt an mich und meine MitarbeiterInnen wenden. Die BürgerInnensprechstunden sind auch dafür da, Hilfestellung bei Problemen mit Ämtern und Behörden zu leisten. Manchmal bewirkt ein kurzer Anruf aus einem Abgeordnetenbüro Wunder, um Türen zu öffnen. Besonders interessieren mich Geschichten, die am Beispiel vor Ort zeigen, wie sich die Berliner Politik in der Realität auswirkt. Als Abgeordnete habe ich manchmal die Möglichkeit, Bürgeranliegen zu Themen zu machen. Ich kann keine Wunder versprechen, eins aber schon: Ich werde mich kümmern.

Aber auch, wenn Sie sich einfach nur über meine Arbeit und die der Bundestagsfraktion informieren wollen, sind die BürgerInnenbüros die richtige Adresse. Gerne bieten wir auch Raum für eigenes Engagement, für Veranstaltungen und Treffen.

BürgerInnen, Initiativen und Parteigliederungen fragen mich oft für Veranstaltungen an. Als Bundestagsabgeordnete bin ich so nicht nur in Berlin und in meinem Wahlkreis unterwegs, sondern in ganz NRW und auch darüber hinaus. Ob nun Touren mit dem Bewegungsmobil oder Diskussionsveranstaltungen, als Gast bei Mitgliederversammlungen, Besuche von Kreisverbänden der LINKEN oder Austausch mit außerparlamentarischen Bewegungen und Gruppen: Sie würden für Ihre Veranstaltung gern noch jemanden einladen, der über solidarische Gesundheitspolitik, friedenspolitische Alternativen zu Bundeswehreinmärschen, die Positionen der Fraktion DIE LINKE spricht? Gerne komme ich vorbei.

Sie interessieren sich für eine politische Reise nach Berlin? Sie wollen die Arbeit des Bundestages bei einer Besichtigung erleben? Drei- bis viermal jährlich lade ich Gruppen aus NRW zu einer Bildungsfahrt nach Berlin ein. Daran können Sie gern teilnehmen. Sie wollen selbst eine Reise nach Berlin organisieren und dabei den Bundestag besuchen? Gern geben meine Büros Hilfestellung bei Organisation und Finanzierung.

Kontakt aufnehmen

Büro Berlin

Kathrin Vogler, MdB
DIE LINKE.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 72 112
Fax: 030 - 227 76 112
kathrin.vogler@bundestag.de

Wahlkreisbüro Emsdetten

Rheiner Str. 39
48282 Emsdetten
Telefon: 0 25 72 - 9 60 77 60
Fax: 0 25 72 - 9 60 67 65
kathrin.vogler@wk.bundestag.de
BürgerInnensprechstunde:
Erster Samstag im Monat 11-12 Uhr

BürgerInnenbüro Paderborn

Ferdinandstr. 25
33102 Paderborn
Telefon: 0 52 51 - 8 79 24 39
Fax: 0 52 51 - 2 97 87 44
kathrin.vogler@wk2.bundestag.de

Wahlkreisbüro Gronau

Eperstr. 10
48599 Gronau
Tel.: 02562 - 718 59 80
Fax: 02562 - 718 59 81
kathrin.vogler.wk05@wk.bundestag.de

